

Änderungen am BImSchG und der BImSchV zur Stärkung der Betrugsprävention und der Erneuerbaren Energien im Verkehr

Stand: 18.12.2025

Der Kabinettsbeschluss zum Zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminierungsquote ist ein wichtiger Schritt, um endlich den durch Betrug verursachten anhaltenden Verfall der THG-Quote zu stoppen. Namentlich geht es um Betrug mit Nachhaltigkeitsnachweisen aus dem Import von mutmaßlich falsch deklariertem Biodiesel und dem Betrug mit Klimaschutzprojekten, sog. „UER-Projekten“. Der im Kabinett verabschiedete Entwurf enthält einige wichtige Maßnahmen, die zu einer Erholung des Marktes führen könnten. Jedoch gibt es auch einige Stellen, an denen nachgebessert werden muss. Sonst droht die Novelle ihre volle Wirkung zu verfehlen.

Unsere Positionen:

1. Vor-Ort-Kontrollen ab 2026:

Status Quo: Die Aufnahme verpflichtender behördlicher Vor-Ort-Kontrollen in den Gesetzesentwurf ist ein wichtiger Ansatz für wirksame Betrugsbekämpfung. Behördliche Vor-Ort-Kontrollen wirken als Drohkulisse für Betrüger. Eine Implementierung erst ab 2027 gibt Betrügern ein weiteres Jahr, in dem sie diese Kontrollen nicht fürchten müssen.

Lösung: Um Betrug so schnell wie möglich einzudämmen, müssen behördliche Vor-Ort-Kontrollen bereits 2026 mit dem rückwirkenden Inkrafttreten der BImSchG möglich werden.

2. Quotenhöhe 2027:

Status Quo: 2027 werden die Mengen aus 2024 wieder freigegeben und drängen in den Markt. Mit den zusätzlichen Mengen aus 2025 und 2026 sind das bis zu zwölf Millionen Tonnen an THG-Quotenmenge. Ein Großteil der Mengen aus 2024 stammt dabei aus fragwürdigen Quellen, wie UER-Projekten. Damit drohen UER-Betrug und Biokraftstoffbetrug erneut ein weiteres Quotenjahr zu ruinieren.

Lösung: Damit das nicht passiert, muss die Quotenhöhe für 2028 (18 Prozent) ein Jahr auf 2027 vorgezogen werden. Das würde zwar nicht die gesamte Menge ausgleichen, wäre aber ein wichtiger Schritt, um zumindest einen wirtschaftlichen Quotenmarkt zu gewährleisten. Sonst droht ein erneuter Einbruch mit schweren Folgen für Markt und Mittelstand.

3. Biogener Wasserstoff:

Status Quo: Biogener Wasserstoff kann eine zentrale Rolle in der erneuerbaren Energieversorgung von morgen spielen. Aktuell ist er aber nur im Verkehrssektor auf die THG-Quote anrechenbar, womit die zentrale Nutzungsmöglichkeit – in Raffinerien – ungenügende

Förderung erhält. Um den durch Betrug stark beeinträchtigten Markt für heimische Erfüllungsoptionen zu stärken, ist es geboten, diese nicht noch zusätzlich einzuschränken.

Lösung: Um den Hochlauf von biogenem Wasserstoff zu ermöglichen, muss die Anrechnung im Raffinerieprozess inklusive der Mehrfachanrechnung, analog zu grünem Wasserstoff, möglich sein.

4. Cap Anbaubiomasse:

Status Quo: Die Kappungsgrenze für anbaubiomassebasierte Biokraftstoffe soll bei 4,4% bleiben, unter dem unionsrechtlich zulässigen Niveau. Damit werden Chancen für mehr Klimaschutz und Wertschöpfung im ländlichen Raum vertan. Im Übrigen wird heimische Wertschöpfung besser kontrolliert als eine Produktion im Ausland.

Lösung: Die unionsrechtlichen Spielräume bei der THG-Quote sollten voll ausgeschöpft und die Kappungsgrenze schrittweise auf 5,8% zu erhöht werden, um den Beitrag zum Klimaschutz und die wirtschaftliche Stabilität der Branche zu sichern.

Wer wir sind:

Der *Initiative Klimabetrug Stoppen e.V.* vereint mittlerweile 130 Unternehmen und Verbände aus der Branche der Erneuerbaren Energien im Verkehr. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, Missbrauch im Rahmen der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) aufzudecken und wirksam einzudämmen, sowie die heimische Wertschöpfung zu stärken.

Unsere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, investieren vor Ort und sichern Versorgungssicherheit:

- Rund 70.000 Jobs hängen direkt und indirekt an der Bioenergiebranche.
- Die Biokraftstoffwirtschaft bringt jährlich mehr als 5 Mrd. € Wertschöpfung.
- Über 6 Mrd. m³ Biomethan ersetzen fossiles Erdgas und stärken die Energiesicherheit.
- Insgesamt tragen die Erneuerbaren über 500.000 Arbeitsplätze in Deutschland.

Das erwiesenermaßen betrugsanfällige System der Zulassung und Anerkennung importierter Biokraftstoffe und/oder Zertifikate (s. UER-Skandal) muss dringend reformiert werden, um faire Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen zu gewährleisten.